Editorial

Mechthild Bereswill · Anke Neuber

Online publiziert: 11. Juni 2018
© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

Am 5. Februar 2018 erschien ein Artikel mit dem Titel „Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert Ende des Cannabis-Verbots“ in der Süddeutschen Zeitung. In diesem Artikel äußerte André Schulz, der Chef des Bundes (BDK), dass sich sein Verband für eine „komplette Entkriminalisierung von Cannabis-Konsumenten“ einsetze. „Schulz sagte, durch das derzeitige Rechtssystem würden Menschen stigmatisiert und kriminelle Karrieren erst befördert“¹ Die Aufregung über dieses Statement ist längst schon wieder abgeebbt – ein Blick auf die Website des BDK (www.bdk.de) zeigt: Noch am gleichen Tag wurden Dementi und Abgrenzungen formuliert, in denen verschiedene Landesverbände beteuern, sie seien zwar für die Legalisierung des Konsums, aber auch für eine weiterhin repressive Drogenpolitik, was den Handel betrifft. Die Parole lautet demnach: für eine Entstigmatisierung von Konsument*innen und eine fortgesetzte Kriminalisierung von Menschen, die mit Cannabis handeln. Zugespißt gesagt, es wird fein säuberlich getrennt zwischen dem „Stigma Konsum“, das überwunden werden soll, und dem unhinterfragten „Stigma Kriminalität“. Es wundert nicht, dass die Mitglieder des BDK davon ausgehen, dass Kriminalität keine Etikettierung, sondern eine Tatsache ist und mit repressiven Mitteln bekämpft werden muss. Bemerkenswert ist vielmehr der Versuch, Konsument*innen

¹ <http://www.sueddeutsche.de/panorama/cannabis-legal-bdk-1.3854296> [Zugriff: 31.05.2018].

M. Bereswill
Fachbereich Humanwissenschaften, Institut für Sozialwesen, Universität Kassel,
Arnold-Bode-Str. 10, 34109 Kassel, Deutschland
E-Mail: bereswill@uni-kassel.de

A. Neuber (✉)
Fakultät Soziale Arbeit, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Braunschweig/Wolfenbüttel, Salzdahlumer Str. 46/48, 38302 Wolfenbüttel, Deutschland
E-Mail: a.neuber@ostfalia.de

zu entkriminalisieren, ohne die generelle Kriminalisierung von Cannabis anzustreben.

In der Paradoxie des Vorschlags wird sichtbar, dass die Erkenntnis, Kriminalität als Zuschreibung und nicht als Tatsache zu fassen, mittlerweile zum gesellschaftlichen Alltags- und Fachwissen zählt. Das bedeutet aber nicht, dass Kriminalität generell hinterfragt bzw. der gesellschaftliche Umgang mit Kriminalität analysiert wird. Diese einflussreiche Perspektive der Kriminalsoziologie, die u. a. mit dem Labeling Approach assoziiert ist, steht im Fokus einer Debatte im vorliegenden Heft. Im Herbst 2016 haben Franz Zahradnik, Peter Rieker und Jakob Humm in der Zeitschrift *Soziale Probleme* das Schwerpunktheft „Desistance – Wege aus der Straffälligkeit“ herausgegeben. Für Helge Peters ist das ein Anlass, sich in der aktuellen Ausgabe kritisch mit der dort vertretenen Forschungsperspektive auseinanderzusetzen. Diese setzt aus seiner Sicht Kriminalität als objektiv gegeben voraus und vernachlässigt die Perspektive des Labeling Approach, an die er unter dem Titel „Mehr als ein halbes Jahrhundert Kriminalsoziologie für die Katz“ erinnert. Auf seine Anmerkungen antworten wiederum Franz Zahradnik, Peter Rieker und Jakob Humm.

Beim Lesen dieser grundsätzlichen Kontroverse sowie der anderen Beiträge in diesem Heft wünschen wir viel Vergnügen!